58. Jahrgang. № 43. Donnerstag, 12. Februar 1914.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3.25 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 3.45 Kr., Schweiz 5.05 Frks., Italien 7.17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1.50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 20011.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M. Marke: Desiring.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie alle Maschinenbedarfs-Artikel wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle en gros liefern in besten Qualitäten billigst en detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8.

Amateur-Photographie.
Cyko-Papier
Modernes Matt-Gaslichtpapier
Allein-Verkauf
Carl Plaul, Kgl. Sächs. Hofl., Wallstraße 25.

Continental
die bevorzugte Schreibmaschine
Fabr. d. Wanderer-Werke: Chemnitz.
Vertr. G. H. Rehfeld & Sohn, Dresden-N. 6, Hauptstr. 36.

U. T. LICHT-SPIELE Waisenhausstr. 22. • Tel. 17387. Morgen Première! DIE FIRMA HEIRATET Morgen Première! U. T. LICHT-SPIELE Waisenhausstr. 22. • Tel. 17387.

Für eilige Leser

am Donnerstag morgen.

Die Zweite Kammer überwies den Antrag auf Erhöhung der Bezüge der Hinterbliebenen von Staatsdienern der Finanzdeputation A und befaßte sich dann mit der Regelung der Lohnverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter.

Von den Erträgnissen des sächsischen Kornblumentages werden demnächst weitere 130 000 Mk. zur Verteilung gelangen.

Der Reichstag fuhr gestern in der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wählte seinen bisherigen Vorstand, Graf v. Schwerin-Löwitz, Dr. Freiherrn v. Cetto und Exzellenz Mehnert (Dresden), wieder.

Die Handelskammer Hannover sprach ihrem Syndikus Dr. Rocke, dem Vorsitzenden des Preußenbundes, ihre Mißbilligung wegen seiner politischen Tätigkeit aus.

Die für Prämienflüge ausgesetzten 800 000 Mk. der Nationalflugspende sind durch die außerordentlichen Leistungen der deutschen Flieger bereits jetzt aufgebraucht.

Prinz Viktor Napoleon erklärte sich bereit, eine Kandidatur zur französischen Deputiertenkammer für den Wahlkreis Brest anzunehmen.

Der russische Miniperpräsident Kokowzow ist zurückgetreten.

In der russischen Reichsduma brachten die Nationalisten eine Interpellation über die Aufstellung von Deutschen an den Putilow-Werken ein.

Das schwedische Ministerium beschloß die Deckung der Kredite für die Heeres- und Marinevorlage nach deutschem Muster durch eine allgemeine Wehrsteuer.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Südwestwind, Zunahme der Bewölkung, wärmer, vorwiegend trocken.

Die englische Parlamentstagung

beginnt unter allen Anzeichen eines entscheidenden Waffenganges zwischen der liberalen Regierungsmehrheit und der konservativ-unionistischen Opposition. Bei diesen Kämpfen handelt es sich nicht allein um das Schicksal der beiden heiß umstrittenen Vorlagen, Homerule für Irland und Entstaatlichung der Walliser Kirche, sondern darüber hinaus um die große grundsätzliche Frage, ob die im Jahre 1911 beschlossene Verfassungsänderung praktisch wirksam werden oder nur ein toter Buchstabe bleiben soll, um bei einem Regierungswechsel im konservativen Sinne überhaupt wieder von der Bildfläche zu verschwinden. Die neue Verfassungsbestimmung wurde, um noch einmal kurz in diesem Zusammenhange daran zu erinnern, von den Liberalen eigens zu dem Zwecke geschaffen, um das Oberhaus des letzten selbständigen Einflusses auf die Gesetzgebung zu berauben und die ausschließliche Herrschaft des Unterhauses als das längst erstrebte Ideal liberal-radikaler Regierungskunst in die Tat umzusetzen. Die Satzung lautet, daß jede Vorlage, die in drei aufeinanderfolgenden Tagungen derselben Legislaturperiode vom Unterhause dreimal angenommen worden ist, dadurch Gesetzeskraft erlangt, auch wenn das Oberhaus zweimal seine Zustimmung verweigert hat. Das drittemal wird eben das Oberhaus einfach nicht mehr gefragt, sondern der Wille des Unterhauses gibt allein den Ausschlag. Damit ist also das Oberhaus im wesentlichen zu einem bloßen beratenden Faktor degradiert worden, und es erscheint durchaus begreiflich, daß die Lords einstweilen noch nicht gewillt sind, die Flinte ins Korn zu werfen, sondern sich anschicken, die neue Verfassungsvorschrift durch Verhinderung ihrer praktischen Anwendung zu Fall zu bringen. Die Opposition hätte ihre Absicht in dem Augenblick erreicht, wo es ihr gelänge, den glatten Verlauf der gegenwärtigen Tagung zu unterbrechen und die Regierung zur vorzeitigen Ausschreibung der verfassungsgemäß erst 1915 fälligen Neuwahlen zu zwingen. Die jetzige Session ist die verhängnisvolle dritte für Homerule und die Entstaatlichung der Walliser Kirche. Wenn daher die Konservativen imstande wären, die dritte Abstimmung im Unterhause zugunsten der beiden Vorlagen zu verhindern, so müßte die Regierung, falls die Wahlen wiederum im liberalen Sinne ausfielen, in der neuen Legislaturperiode das ganze Werk von vorn beginnen und Zeit und Kraft dreier Jahre an die Wiederholung verschwenden. Ein derartiges Unternehmen wird selbst auf liberaler Seite nahezu als eine Unmöglichkeit empfunden. Bringen aber die Neuwahlen der Opposition solche Vorteile, daß sie an Stelle der Liberalen die Regierung übernehmen kann, so würde die Verfassungsänderung schleunigst wieder in der Versenkung verschwinden.

Aus dieser Skizzierung der Lage erhellt, ein wie erhebliches Interesse die Opposition an der Unterbrechung der Tagung vor der dritten Abstimmung über die genannten beiden Vorlagen hat. Fraglich bleibt nur, inwieweit auf konservativer Seite die Entschlossenheit vorhanden ist, bei der Erzwingung von Neuwahlen bis zum äußersten zu gehen und auch vor den letzten obstruktionellen Mitteln nicht zurückzuschrecken. Es scheint, als ob die oppositionellen Führer die Hoffnung hegten, die im Regierungslager bestehenden Meinungsverschiedenheiten über das Flottenbudget für ihre Zwecke ausnutzen zu können. Von der Arbeiterpartei und den Radikalen werden parlamentarische Vorstöße gegen die Churchillsche Marinepolitik erwartet, und die Opposition will dann die Gelegenheit wahrnehmen, um derartige Angriffe gegen das Ministerium zu unterstützen und so den Appell an die Wähler zu erzwingen. Der Grad der Energie, den die Konservativen bei der Verfolgung ihrer Pläne entwickeln, wird wesentlich bedingt von der Stärke ihrer subjektiven Ueberzeugung, inwieweit sie auf einen ihrer Sache günstigen Wahlausfall rechnen dürfen. Zurzeit ist die Parteigruppierung derartig, daß die konservativ-unionistische Opposition mit ihrer Gegnerschaft gegen Homerule 284 Mitglieder zählt, denen 396, aus den Liberalen, der Arbeiterpartei und den irischen Nationalisten rekrutierte Anhänger der irischen Selbstverwaltung gegenüberstehen. Es müßte also schon eine sehr starke Wendung nach rechts sich vollziehen, wenn die Konservativen wieder regierungsfähig werden wollten. In welchem Maße die Opposition an die Möglichkeit eines solchen Erfolges glaubt, und inwieweit sie in der Stimmung der Wähler eine tatsächliche Begründung findet, darüber kann sich der fernstehende Beobachter kein zuverlässiges Urteil bilden.

Den einen Eindruck gewinnt man allerdings, daß die Homerulefrage wohl kaum imstande sein dürfte, als Parole bei Neuwahlen eine besonders große Begeisterung in der Bevölkerung zu erwecken. Die nationale öffentliche Meinung, soweit sie nicht ausgesprochen gegnerisch gesinnt ist, nimmt Homerule offenbar mehr als ein notwendiges Uebel hin, dem man nicht länger ausweichen kann. Dazu kommt, daß der hartnäckige Widerstand der protestantischen Ulsterleute auch in liberalen Kreisen ernste Bedenken wachgerufen hat, denen das Kabinett Rechnung tragen muß. Herr Asquith hat zwar versichert, daß er sich durch die Drohung mit dem Bürgerkriege nicht von der Durchführung des Gesetzes abschrecken lassen und keinerlei grundsätzliche Opfer bringen werde, aber er fügte vorsichtigerweise hinzu, daß er einem „vernünftigen ehrenvollen Frieden" nicht abgeneigt sei. Ueber die Einzelheiten, wie ein solcher Friedensschluß zu erzielen sein könnte, ist noch nichts Näheres bekannt geworden. Man weiß nur, daß die Ulster-Protestanten Bürgschaften gegen eine Vergewaltigung durch die mit Homerule ausgestatteten Iren verlangen. Sie wollen die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Eigenart auch nach dem Inkrafttreten der Homerule gewährleistet wissen, und wenn diese von der konservativen Opposition nachdrücklich unterstützte Forderung erfüllt werden soll, dann würde sich die liberale Regierung wohl oder übel dazu verstehen müssen, neben dem irischen Homerule noch ein besonderes national-englisches Ulster-Homerule zu schaffen. Dadurch wird die ganze Sache noch viel verwickelter als sie jetzt schon ist, und man darf wirklich gespannt darauf sein, auf welche Weise schließlich das Problem gelöst wird. Wundernehmen dürfte es nicht, wenn die Engländer noch anfingen, auf das Ende Wetten abzuschließen.

Daß einstweilen noch keine Verständigung zwischen der Regierung und den Ulsterleuten erzielt worden ist, gibt die Thronrede selbst zu, und auch Herr Asquith hat das im Verlaufe der Adreßdebatte bestätigt, allerdings nicht, ohne gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Verhandlungen zu einem guten Ende führen würden. Der liberale Premier wird trotz seiner Versicherung, daß er nicht an Nachgiebigkeit gegenüber der konservativen Opposition denke, wohl kaum ohne solche Zugeständnisse davonkommen, die von konservativer Seite als teilweise Kapitulation vor der Rechten bewertet werden könnten; denn Herr Asquith befindet sich mit Bezug auf Homerule in einer Zwangslage, die ihm keinen sehr weiten Spielraum übrig läßt, um so weniger, als die einflußreichen gemäßigt-mittelparteilichen Kreise des Liberalismus selbst eine konservative Regierung als das kleinere Uebel bevorzugen würden, ehe sie es in Ulster zu Blutvergießen kommen ließen. Nach alledem verspricht die jetzige Parlamentstagung sehr interessant zu werden, da sie auf jeden Fall dem katenlosen „Fortwursteln" ein Ende machen und die Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne herbeiführen muß.

Drahtmeldungen

vom 11. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Platz des Abg. Groeber (Zentr.), der heute seinen 60. Geburtstag feiert, ist mit einem Blumenstrauß geschmückt. Die Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt bei der Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft.

Abg. **Baumann** (Zentr.) empfiehlt eine Resolution, im nächsten Etat eine Prämie auszusetzen für die Erfindung eines zuverlässigen, gut anwendbaren Mittels gegen den Heu- und Sauerwurm. Fast alle bürgerlichen Abgeordneten aus den Weingegenden unterstützen diese Forderung. — Abg. **Paasche** (natl.) befürwortet eine Resolution, die größere Mittel zur Förderung der wissenschaftlichen Erforschung und Bekämpfung tierischer Schädlinge der land- und forstwirtschaftlichen Kulturpflanzen, insbesondere der den Wein- und Obstbau gefährdenden Insekten, fordert. — Ministerialdirektor **v. Joncquières**: Beide Resolutionen bringen nichts Neues. Es sind schon hohe Preise ausgesetzt worden, aber ohne praktischen Erfolg. Die Wünsche des Abg. Paasche gehen vornehmlich die Landesregierungen an. — Abg. **Astor** (Zentr.): Wir sind von den Erklärungen der Regierung nicht ganz befriedigt. Der Heuwurm muß energisch bekämpft werden. — Abg. **Hepp** (natl.): Mit dem Antrag Paasche haben wir zuerst die Rebschädlinge im Auge. Wünschenswert sind auch Gesetze zur Bekämpfung der Bienenkrankheiten, der Faulbrut und Ruhr. — Ministerialdirektor **v. Joncquières** teilt mit, daß ein Gesetzentwurf zur

Bekämpfung der Bienenkrankheiten

bereits der kommissarischen Beratung unterliegt.

Abg. Dr. **Dahlem** (Zentr.): Die Einzelstaaten verweisen uns an das Reich und das Reich verweist uns wieder an die Einzelstaaten. So kann es nicht weitergehen. Wo soll da das arme Weinbauervolk hinkommen? — Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Wir erkennen den guten Willen der Regierung an. Wohin kommen wir aber mit diesen ewigen Kompetenzkonflikten? Das Reich muß hier die Initiative ergreifen und die Einzelstaaten anhalten, daß sie ihre Schuldigkeit tun. Der Weinbau befindet sich in dringender Not. Man soll großzügig vorgehen, dann wird man auch etwas erreichen. (Beifall.) — Die beiden Resolutionen werden angenommen. — Zum Kapitel „Patentamt" verlangt Abg. **Giebel** (Soz.) Unterstützung der mittellosen Erfinder bei der Verwertung ihrer Gedanken. Bisher mußten die Angestellten großer Werke ihre Erfindungen den Unternehmern überlassen. — Abg. Dr. **Bell** (Zentr.): Es ist erfreulich, daß Antikonzeptionsmittel nach den neuen Bestimmungen vom Patentschutz ausgeschlossen werden sollen. Derartige Mittel dürfen nicht in den Verkehr kommen und vor allem nicht öffentlich angepriesen werden. Das Patentamt muß entlastet werden. Erfreulich ist die erhebliche Herabsetzung der Patentgebühren. Der Erfinder darf nicht als Aschenbrödel behandelt werden. Die heißumstrittendste Frage betrifft die materiellen Erfinderrechte der Angestellten. Hier besteht leider eine Kluft zwischen der Großindustrie und den Verbänden der Angestellten. Beide Teile erheben sehr radikale Forderungen. Nach den neuen Bestimmungen soll ein Ausgleich herbeigeführt werden. Grundsätzlich wird die Erfindung dem Angestellten zugewiesen, aber es werden weitgehende bedenkliche Ausnahmen gemacht. Die Bestimmungen über die Vergütung müssen umgestaltet werden. Es ist bedenklich, sie ausschließlich in das Ermessen des Unternehmers zu stellen. Wenn der Entwurf erheblich verbessert wird, dann wird er hoffentlich dem erfinderischen Fortschritt Bahn und der ehrlichen Arbeit zu ihrem gerechten Lohne verhelfen. — Vizepräsident **Dove**: In der Zeit des Stenographenstreiks bitte ich die Herren, sich kürzer zu fassen. (Heiterkeit.) — Abg. Dr. **Böttiger** (natl.): Der Vorentwurf zur Neuregelung des Patentrechts bringt manche technische Verbesserung. Wir hoffen, daß sie auch in der Vorlage bleiben werden. Der Vorentwurf enthält nach der sozialen Seite viel Befriedigendes. Die Industrie klagt, daß in die ganz unpolitische Frage des gewerblichen Rechtsschutzes der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineingetragen ist. Die neuen Erfindungen kann die Industrie nicht entbehren. Durch Verbesserungen des Betriebes hat die Zuckerindustrie ¾ Milliarde erspart. Die Hochöfen konnten 36 Millionen sparen. Das Patentamt verdient Dank für seine Tätigkeit.

Ministerialdirektor **v. Joncquières**: Es ist erfreulich, daß versucht wird, den Gegensatz zwischen der Großindustrie und den bei ihr angestellten Ingenieuren zu überbrücken. Der endgültige Entwurf des neuen Patentgesetzes wird wahrscheinlich im nächsten Winter eingebracht werden. Durch die Denkschrift über die Patentagenten soll den Behörden ermöglicht werden, gegen das Unwesen, das sich auf diesem Gebiet breit macht, vorzugehen. Der Präsident des Patentamtes hat weitgehendste Befugnis, Personen, die, ohne Patentanwalt zu sein, die Vertretung von Patenten gewerbsmäßig ausüben, von der Vertretung zurückzuweisen. Mit dem Kapitel „Reichsversicherungsordnung" wird zugleich die Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften beraten. — Abg. **Bauer** (Soz.) bedauert die schwankende Haltung des Reichsversicherungsamts bei Entscheidung der Frage, ob alle Unfälle im Be-

Eßt Pfunds Yoghurt!